

P-1 Neue Perspektiven gegen alte Krisen

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 03.07.2020
Tagesordnungspunkt: P - Aktuelle politische Lage

Antragstext

1 Wir leben in einer krisenhaften Gesellschaft. Die letzten Wochen und Monate
2 haben uns mehr als deutlich vor Augen geführt, was das bedeutet. Dabei hat
3 Covid-19 ans Tageslicht gebracht, welche Konsequenzen die Versäumnisse der
4 letzten Jahre haben. Die Verbreitung von Corona war dabei nicht die Ursache,
5 sondern Katalysator der Krisen und Symptom der Verfassung unserer Gesellschaft
6 zugleich. Die Gleichzeitigkeit der gegenwärtigen Krisen stellt uns vor komplexe
7 Herausforderungen. Stärker als bisher ist nun offensichtlich geworden, dass wir
8 es uns nicht leisten können, die Probleme, die unzählige Leben jetziger und
9 zukünftiger Generationen bedrohen, aufzuschieben und uns mit kurzfristigen
10 Schönheitsreparaturen zufrieden zu geben. Die Gesundheitskrise gefährdet nicht
11 nur die medizinische Versorgung ganzer Gesellschaften, sondern offenbart auch
12 die unbeständige Solidarität zwischen Nationen, für die wir weltweit wie in
13 der Europäischen Union hart gekämpft haben. Die Wirtschaftskrise, unter deren
14 Vorzeichen schon jetzt unzählige Existenzen bedroht sind, droht unsere
15 Gesellschaft weiter und tiefer zu spalten als je zuvor. Der tief in unserer
16 Gesellschaft verankerte Rassismus wirkt als Verstärker bestehender und Erzeuger
17 neuer Ungleichheitsmechanismen.

18 Dass wir nun mit diesen Krisen umgehen müssen, sollte niemanden überraschen.
19 Sie zeigen keine neuen Probleme. Sie sind der Ausdruck einer krisenhaft
20 angelegten Gesellschaft, deren Mechanismen sich in existenzbedrohender
21 Ungerechtigkeit zeigen und in unzulänglichen (Ab)Sicherungssystemen
22 manifestieren.

23 Diese Krisen sind im System angelegt. Krisen sind längst keine kurzfristigen
24 Ereignisse mehr, die sich mit einzelnen Maßnahmen lösen lassen. Sie sind zum
25 traurigen Normalzustand geworden, über den zu häufig hinweggesehen wird. Doch
26 das muss nicht so bleiben. Um diese Krisen wirklich anzugehen und eine bessere
27 Welt zu erkämpfen, müssen unsere Lösungen an der Wurzel ansetzen:
28 Systembedingte Probleme brauchen systemverändernde Lösungen!

29 Wir sehen auch unzählige Menschen, die das erkannt haben. Aktivist*innen
30 verschiedener Bewegungen schließen sich zusammen und organisieren sich im Kampf
31 für Gerechtigkeit und eine lebenswerte Zukunft. Gemeinsam stehen wir für
32 solidarische Wege aus der Krise, die dort ansetzen, wo es notwendig ist. Wir
33 schaffen neue Perspektiven gegen alte Krisen!

34 **Fight Every Crisis: Klima in der Krise**

35 Starke Momente der Organisierung von Aktivist*innen haben wir in den letzten
36 Jahren im Kampf gegen die Klimakrise erlebt. Ganze Gesellschaften sind weltweit
37 auf die Straße gegangen um globale Klimagerechtigkeit und das Recht auf Zukunft
38 einzufordern. Neben Überschwemmungen, Hitzesommern und Dürreperioden als
39 direkte Konsequenzen erhöhter Durchschnittstemperaturen steigt auch das
40 Auftreten von Infektionskrankheiten durch gestörte Ökosysteme mit geringer
41 Biodiversität: Covid-19 hat erneut gezeigt, welche Auswirkungen der Raubbau an
42 der Natur für uns haben kann. Um hier entgegenzuwirken, müssen Maßnahmen Hand
43 in Hand gehen: Wir brauchen ein grundsätzliches Umdenken in der Landwirtschaft,
44 das die Produktion guter Nahrung unter guten Bedingungen im Rahmen planetarer
45 Grenzen sicherstellt. Ökosysteme brauchen Platz! Das Eindämmen des
46 Flächenverbrauchs, der konsequente Kampf gegen vor Umweltverschmutzung und der
47 strenge Schutz von großen und zusammenhängenden Naturschutzgebieten stellt das
48 sicher.

49 Effektiver und konsequenter Natur- und Artenschutz ist unsere Existenzbedingung
50 und muss auch als solche behandelt werden.

51 Um der Klimakrise wirkungsvoll entgegenzutreten zu können, fordern wir seit
52 Langem weltweit das effektive und gezielte Handeln der Regierungen ein. Covid-19
53 hat gezeigt, dass dies nicht unmöglich ist. Gemeinsam mit Virolog*innen,
54 Gesundheitsexpert*innen, den Bundesländern und der Opposition wurden nationale
55 Maßnahmen und Krisenpläne binnen einer Woche aufgestellt und verabschiedet.
56 Sogar die Schwarze Null wurde über Bord geworfen, um die Konsequenzen der
57 Pandemie einzudämmen. Auch die Klimakrise muss als politische Krise ernst
58 genommen und als solche behandelt werden. Das Eindämmen der Klimakrise
59 erfordert noch tiefgreifendere Veränderungen - doch sie trifft uns auch weniger
60 unerwartet. Sie zu bewältigen erfordert ein hohes Maß an demokratischer
61 Teilhabe: Demokratie bedeutet, dass Menschen über die sie betreffenden
62 Umstände selbst mitentscheiden können. Eine klimaneutrale Gesellschaft kann
63 nicht einfach von oben verordnet werden. Sie zu erreichen, ist ein komplexer
64 Aushandlungsprozess, in dem zentrale und dezentrale Initiativen Hand in Hand
65 gehen müssen. Wir brauchen partizipative Räume, wie bspw. Bevölkerungsräte,
66 um staatliches und zivilgesellschaftliches Handeln zusammen zu bringen.

67 Die Krisen unserer Zeit hängen zusammen: Ihre strukturellen Ursachen gleichen
68 sich. Sie müssen gemeinsam und konsequent bekämpft werden. Der Weg aus der
69 Krise kann nur durch systematische Lösungen gelingen.

70 **Klatschen zahlt keine Miete: Gesundheit in der Krise!**

71 Covid-19 hat unsere Gesundheitssysteme weltweit auf den Prüfstand gestellt. Wir
72 konnten deutlich sehen, dass sie den Anforderungen nicht gewachsen sind. Dabei
73 haben wir beobachtet, wie die von der europäischen Austeritätspolitik
74 gebeutelten Gesundheitssysteme in Südeuropa besonders hart getroffen wurden.
75 Die Folgen sind verheerend und zeigen uns unmissverständlich, dass die
76 Ökonomisierung von Gesundheitssystemen tödlich ist. Doch auch in Deutschland
77 wurde das Gesundheitssystem systematisch kaputtgespart. Die Umsetzung von
78 Profitlogiken im Gesundheitsbereich zeigt sich auch hier im Abbau von Betten und
79 der seit Jahren anhaltenden Pflegekrise. Die Bedürfnisse von Patient*innen und
80 Pfleger*innen sind weit in den Hintergrund gerückt. Die Corona-Pandemie hat
81 jedoch verschärft gezeigt, wie wichtig sie sind, wenn wir besonders auf eine
82 funktionierende Gesundheitsversorgung angewiesen sind.

83 Die Wertschätzung der Arbeit von Pfleger*innen wurde vor allem durch
84 abendlichen Applaus sichtbar. Der angekündigte Pflegebonus sollte sie -
85 zumindest einmalig - auch auf dem Lohnzettel abbilden. Dass dieser nun
86 ausschließlich einer kleinen Gruppe der Beschäftigten zu Gute kommen soll, ist
87 weder angesichts der hohen alltäglichen Arbeitsbelastung, noch als Ausdruck der
88 Wertschätzung im Rahmen der Krise angemessen. Ein flächendeckender Bonus von
89 1.500€ für alle gesellschaftsrelevanten Berufe wäre ein erster guter Schritt
90 zu angemessener Wertschätzung und Bezahlung. Doch es geht um mehr als einmalige
91 Boni: Um unser Gesundheitssystem zu sichern, müssen sich die Arbeitsbedingungen
92 in der Pflege endlich verbessern und endlich ein fairer Tariflohn für die
93 Pflege her!

94 Die Gesundheitsversorgung hat die bestmögliche Versorgung von Patient*innen zum
95 Zweck. Ein Vergütungssystem, das sich nach Fallpauschalen richtet, zwingt aber
96 zur Orientierung am Erlös statt an der Patientin. Für eine gute
97 Gesundheitsversorgung muss sich die Finanzierung nach dem Bedarf richten, nicht
98 nach der Zahl der Fälle.

99 Gesundheit ist keine Ware und die Gesundheitsversorgung von Menschen darf nicht
100 als solche behandelt werden. Unsere Gesundheit ist mehr wert als die Profite
101 einzelner!

102 Durch die globale Bedrohung ist allerdings auch noch eine weitere Wahrheit
103 deutlich geworden. Nicht nur unsere Gesundheitsversorgung, auch die Solidarität
104 zwischen Ländern weltweit und in der Europäischen Union steht auf wackeligen
105 Füßen: Die Gesundheitskrise ist auch zur Solidaritätskrise geworden. Die
106 erste Antwort der europäischen Nationalstaaten waren Grenzschießungen und
107 Exportstopps überlebenswichtiger Güter. Doch eine globale Krise lässt sich
108 nicht mit Nationalismus lösen! Was wir brauchen, sind gemeinschaftliche
109 Lösungen, von denen alle profitieren. Im global angelegten Wettstreit um
110 Wachstumsraten und Exportrekorde ist Solidarität nicht angelegt. An diesen
111 Grundsätzen müssen wir rütteln, wenn wir gemeinsam erzeugte und erlebte
112 Krisen nicht auf dem Rücken Schwächerer austragen wollen. Bedingungslose
113 Finanzhilfen und die koordinierte Produktion und Verteilung von medizinischer
114 Ausrüstung und Medikamenten öffnen Perspektiven für eine andere Form globaler
115 Kooperation. Weltweite Solidarität muss der Wegweiser für eine universale
116 Krisenbekämpfung sein!

117 **Ein Rettungsschirm für die Menschen: Wirtschaftskrise auffangen!**

118 Das Konjunkturpaket der Bundesregierung soll die Wirtschaft aus der Krise
119 bringen. Doch die 130 Milliarden Euro versprechen für die meisten hier lebenden
120 Menschen keine ausreichende Verbesserung und Absicherung. Denn die
121 Wirtschaftskrise trifft nicht alle gleich: Die finanzielle Last tragen zur Zeit
122 vor allem die, die auch schon vor der Krise mit Existenznot gelebt haben.
123 Während Manager*innen noch immer hohe Summen einstreichen, leben etliche
124 Beschäftigte in Kurzarbeit mit Gehältern, die kaum zum Leben reichen. Die
125 Refinanzierung dieser Hilfen über Steuergelder und öffentliche Einnahmen
126 trifft wiederum Geringverdiener*innen am Stärksten. Wir brauchen ein
127 progressives Refinanzierungsmodell und eine klare Zweckbestimmung der Gelder -
128 nur so können sie uns aus der Krise helfen!

129 Schon die ersten Wochen nach den Einschränkungen des öffentlichen Lebens haben

130 uns gezeigt, worauf wir uns einstellen müssen: Die Arbeitslosigkeitsraten
131 steigen, tausende Beschäftigte sind in Kurzarbeit und können von diesem Lohn
132 nur mühsam leben. Prekäre Beschäftigungs- und Lebensverhältnisse erleben
133 während der Krise einen traurigen Aufschwung. Investitionen in die Rettung von
134 Unternehmen sind wichtig, um kurzfristig Arbeitsplätze zu erhalten und so
135 zahlreiche Existenzen zu sichern. Dabei müssen wir dennoch vor allem diejenigen
136 berücksichtigen, die schon zu oft durch das Raster gefallen sind. Eine
137 sofortige Erhöhung der Hartz-IV-Sätze um 200€ und eine allgemeine
138 Krisengrundsicherung schützen Existenzen vor der gestiegenen finanziellen
139 Belastung und Unsicherheit.

140 Auch junge Menschen und ihre Zukunftspläne sind stark von der Wirtschaftskrise
141 getroffen. Sie wissen nicht, wie es in Ihren Betrieben weiter geht oder wie sie
142 ihren Lebensunterhalt ohne Nebenjob finanzieren sollen. Das Lernen in der
143 Ausbildung oder an der Universität sollte hier im Fokus stehen. Kurzarbeit und
144 Existenzängste sind dabei nur hinderlich. Hier sind unbürokratische Lösungen
145 notwendig: Hier sind unbürokratische Lösungen notwendig: die Öffnung der
146 BaFög-Förderung und die Erhöhung der BaFög Sätze für Student*innen sowie
147 die direkte Unterstützung Auszubildender ist längst überfällig.

148 Die Krise zeigt uns jedoch auch, dass eine Existenzsicherung nicht an Lohnarbeit
149 geknüpft sein darf und Investitionen vor allem auch in belastbare und
150 verlässliche Sicherungssysteme getätigt werden müssen.

151 Wir müssen diese Krise gemeinsam meistern und dabei gleichzeitig bestehende
152 Einkommens- und Vermögensungleichheiten abbauen. Ihre Bewältigung darf nicht
153 auf dem Rücken derer ausgetragen werden, die im bestehenden System durch
154 neoliberale Marktmechanismen in die Armut gedrängt werden. Was wir jetzt
155 brauchen, sind Investitionsmaßnahmen, die uns als Gesellschaft näher zusammen
156 bringen und nicht die Konfliktlinien zwischen Generationen oder marginalisierten
157 Gesellschaftsgruppen aufreißen.

158 Die bisherigen Bemühungen der Bundesregierung werden diesem Anspruch nicht
159 gerecht. Es fehlt an progressiven Umverteilungsmechanismen, die der sozialen
160 Spaltung unserer Gesellschaft auch langfristig entgegenwirken können. Wir
161 brauchen endlich eine Grundsicherung, die den Menschen in seiner Würde und
162 seinen Möglichkeiten nicht einschränkt – sanktionslos und mit genügend
163 Absicherung für soziale Teilhabe. Investitionspakete müssen an diesem Anspruch
164 gemessen werden. Nur der sozial-ökologische Umbau unserer Wirtschaft kann uns
165 aus der Krise führen!

166 **Gesellschaft in der Krise: Solidarität, Zusammenhalt und Antirassismus**

167 Krisen befeuern die gesellschaftliche Spaltung mit populistischen Erzählungen.
168 Dies zeigt sich beispielsweise in den selbsternannten "Hygiene"-Demonstrationen,
169 die besonders stark von antisemitischen Ideologien und Verschwörungsmythen
170 geprägt sind. Statt einer sachlichen Auseinandersetzung über sinnvolle und
171 effektive Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie werden hier
172 vermeintlich Schuldige ausgemacht und jahrhundertealte Mythen wieder belebt.
173 Insbesondere Akteur*innen der Neuen Rechten versuchen aus diesem Demonstrationen
174 politisches Kapital zu schlagen. Wir stellen uns daher entschlossen gegen diese
175 Akteur*innen und fordern konsequentes Handeln gegen rechte Strukturen ein.
176 Menschenfeindliche Ideologien können niemals den Weg aus der Krise weisen! Ein

177 Effekt jeder Krise ist die gesellschaftliche Verunsicherung. Damit diese
178 Verunsicherung Hass, Diskriminierung und Ausschließung nicht noch weiter
179 verstärkt, brauchen wir eine effektive Sicherung von Existenzen, transparente
180 Entscheidungsfindung und die Weitergabe von Informationen auf Augenhöhe.

181 In der Krise zeigen sich Symptome des seit Jahren voranschreitenden autoritären
182 Umbaus in Europa und weltweit. Wir sind uns bewusst, dass Krisenzeiten diese
183 Entwicklungen begünstigen können. Daher muss unsere Antwort auf die Krise
184 immer von Solidarität geleitet sein. In aller Deutlichkeit solidarisieren wir
185 uns als Grüne Jugend mit der Black Lives Matter-Bewegung und den weltweit
186 stattfindenden Protesten gegen Rassismus und Polizeigewalt. Der Mord an George
187 Floyd hat eine dringend notwendige Debatte über strukturellen und
188 institutionalisierten Rassismus ausgelöst - weit über die USA hinaus. Diese
189 tief verankerten Rassismen müssen wir auch in Deutschland mit aller
190 Entschlossenheit bekämpfen.

191 Die Debatte in Deutschland und Europa darf nicht mit warmen Worten enden,
192 sondern muss in tiefgreifenden Veränderungen münden. Insbesondere in der
193 gegenwärtigen Asylpolitik, unzulänglichen sozialpolitischen Maßnahmen und den
194 Sicherheitsbehörden wird der strukturelle und institutionalisierte Rassismus
195 deutlich. Statt reflexartig die deutsche Polizei von Rassismus frei zu sprechen,
196 brauchen wir eine ehrliche und umfassende Analyse über herrschende rassistische
197 Strukturen und Praktiken. Die Skandale der letzten Monate in deutschen
198 Sicherheitsbehörden wie das rechtsextreme Netzwerk Hannibal, den NSU 2.0 und
199 die zahlreichen Opfer deutscher Polizeigewalt machen dies nur allzu deutlich.

200 Die gesellschaftliche Debatte über Ausgrenzung und Rassismus muss sich in allen
201 staatlichen Institutionen und dem Sicherheitsapparat manifestieren. Eine
202 umfassende Reform der Polizei beinhaltet unter Anderem die anonyme
203 Kennzeichnungspflicht für alle Einheiten, externe Ermittlungs- und
204 Beschwerdestellen durch unabhängige Polizeibeauftragte sowie die
205 Entmilitarisierung und rechtsstaatliche Begrenzung von Befugnissen. Nur durch
206 eine neue Fehlerkultur und die vertiefte Ausbildung zu Deeskalationsstrategien
207 und Antirassismus kann der gefährliche Korpsgeist der Polizei gebrochen werden.

208 Als Ideologie der Ungleichheit legitimiert Rassismus auch soziale Unterschiede
209 in unserer Gesellschaft. Hier müssen wir das Problem an der Wurzel packen:
210 historisch erzeugte soziale und finanzielle Benachteiligungen müssen abgebaut
211 und ausgeglichen werden. Eine mutige Sozialpolitik, die Vielfalt und Teilhabe
212 fördert, ist unerlässlicher Bestandteil einer funktionierenden Demokratie. Sie
213 muss Baustein einer antirassistischen Politik sein.

214 Seite an Seite kämpfen wir gegen rassistische Strukturen und rassistisches
215 Gedankengut. Dieser Kampf muss ernst genommen werden. Nur durch konsequentes und
216 ehrliches Handeln können wir den Rassismus überwinden. Was wir brauchen, sind
217 Lösungen, die Sicherheit, soziale und demokratische Teilhabe für alle
218 garantieren und in die alle gleichermaßen vertrauen können!

219 **Neue Perspektiven gegen alte Krisen**

220 Die Wege aus der Krise müssen zu einem selbstbestimmten Leben in Freiheit und
221 Würde für alle Menschen führen. An diesem Ziel müssen sich auch die

222 Maßnahmen der Krisenbekämpfung orientieren.

223 Die öffentliche Debatte über die strukturellen Ursachen der Krisen wird noch
224 zu wenig geführt. Dennoch sind ihre Anfänge eine Chance, um echte
225 Veränderungen auf den Weg zu bringen. Dieses Handlungsfenster müssen wir
226 nutzen, wenn wir gestärkt aus der Krise hervorgehen wollen. Resilienz und
227 Solidarität müssen dabei die Wegweiser für eine effektive Krisenpolitik sein.

228 Wir stellen uns gemeinsam den komplexen Herausforderungen unserer Zeit. Als
229 Organisation und Teil einer weltweiten Bewegung für tiefgreifende
230 Veränderungen bringen wir die Kämpfe zusammen, die zusammen gehören. Es wird
231 Zeit für neue Lösungen!